

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.57 Uhr

Ende: 14.00 Uhr

1) Verkehrskonzept St. Peter

GR. Mag. **Spath** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GR. Mag. **Spath**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat! Ich stelle diese Frage im Namen meiner St. Peter Gemeinderatskollegen an Sie, Frau Vizebürgermeisterin. Am 8. September 2009 fand im Pfarrsaal St. Peter eine Bezirksteilversammlung statt, an der Sie, gemeinsam mit den Verkehrsexperten des Magistrates, auch teilnahmen. Unter anderem haben Sie der anwesenden Bevölkerung, ca. 200 Personen, versprochen, ein Verkehrskonzept für St. Peter, insbesondere für den Teilbereich Sternäckerweg - St.-Peter-Hauptstraße - Hubertusstraße - Neufeldweg vorzulegen.

Seitdem sind nun 4 Monate vergangen und zahlreiche Anfragen aus der Bevölkerung wurden an die St. Peter Gemeinderäte, an den Bezirksvorsteher und die Bezirksräte herangetragen, was mit dem von Ihnen versprochenen Verkehrskonzept sei. Sie kennen die vorgetragenen Bedenken, Anliegen und Wünsche der einzelnen Proponenten, die hauptsächlich auf eine Verkehrsberuhigung vor der eigenen Haustüre abzielen.

In diesem Gebiet entstand in den letzten Jahren aber auch eine Vielzahl an Wohnungen. Weitere Großgrundstücke sind bereits als Bauland gewidmet und lassen eine rege Bautätigkeit in absehbarer Zukunft in diesem Teil von St. Peter erwarten. Eine weitere Belastung kommt durch die Errichtung einer Zuschauertribüne für 700 Personen beim Sturm-Trainingszentrum hinzu. Wo diese Zuschauer parken sollen, ist aber nicht geklärt.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin Lisa Rücker, die

F r a g e ,

wann gedenken Sie, Frau Vizebürgermeisterin, Ihr im September 2009 der St. Peter Bevölkerung zugesagtes Verkehrskonzept vorzulegen (*Applaus ÖVP*)?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Danke für die Frage. Die Hoffnung, dass immer dann, wenn man ein Verkehrsproblem hat, mit einem Verkehrskonzept alles gelöst ist, kann ich leider nicht bestätigen. Es wurde auch in dem Sinn kein Verkehrskonzept zugesagt, es hat diese Veranstaltung gegeben am 8.9. In der Diskussion wurde offensichtlich, dass die unterschiedlichen AnrainerInnengruppen teilweise diametral unterschiedliche Interessen, so die Verkehrslage vor Ort, haben und somit auch sehr unterschiedliche Vorstellungen, Wünsche und Forderungen für die Gestaltung des Verkehrssystems haben. Da ging es um die Diskussion über Sperren, über Einbahnen, über ÖV-Erschließung, über Durchlässigkeit. Leider scheint auch hier die Vorstellung Platz zu greifen, im jeweils eigenen Wohnungsumfeld zwar keinen Verkehr zu dulden, allerdings selbst auch keine Einschränkungen in Kauf zu nehmen, das war eines der Grunddiskussionsthemen. Zugesagt allerdings in der Veranstaltung wurden durch mich folgende Punkte: Dass nach der in der Bezirksteilversammlung geführten Diskussion Verkehrserhebungen vorgenommen werden, ein Teil ist auch schon geschehen. Ich kann kurz berichten, wie wir es gestern im Ausschuss kurz auch erläutert haben. In einem Teil ist momentan keine Verkehrserhebung möglich, weil die Hubertusstraße schon länger eine Baustelle darstellt und deswegen dort kein übliches Verkehrsverhalten zu messen ist. Im Sternäckerweg wurde gerade vor ein paar Tagen eine Verkehrserhebung abgeschlossen, die übrigens eindeutig gezeigt hat, dass zwei Drittel des dort auftretenden Verkehrs hausgemachter Verkehr vor Ort ist. Das ist, denke mir, auch wichtig als Hinweis, wenn man dann diskutiert über die anderen und die eigenen Wege. Im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan Sternäckerweg ist auch zugesagt worden, dass für die Durchwegung von Fuß- und Radverkehr gesorgt wird, beim Johann-Weitzer-Weg ein direkter Anschluss des geplanten Bebauungsplangebietes an den Sternäckerweg im Osten verfolgt wird, das ist ja auch Thema im Bebauungsplan, im Bereich des Trainingszentrums die Frage des fehlenden Gehsteigs geklärt wird, auch hier haben wir gestern kurz

erläutert, dass das nicht so einfach ist, weil wir dort ein Regenwasserproblem haben, ein eklatantes, aber wir dort in der Klärung sind. Zum Fußballtrainingszentrum gab es die Zusage und gibt es inzwischen auch entsprechende Gespräche und Verhandlungen, wo ich auch den Sportstadtrat und die Sportabteilung eingebunden habe, um bestehende Parkplätze, die sich im Süden der Anlage befinden, auch in das Konzept einzubinden, weil offensichtlich dort vor Ort keine Möglichkeit für erhöhtes Parken gegeben ist. Dann habe ich zugesagt eine politische Entscheidung im Zusammenhang mit der Frage Offenhaltung Novalisgasse versus Hubertusstraße, sowie Hubertusstraße und Theodor-Storm-Straße und wie gesagt, auch diese Entscheidung ist davon abhängig, wie sich nach der Hubertusstraße und leider auch nach der bevorstehenden Baustelle St.-Peter-Hauptstraße die Situation dort herstellen lässt, weil wir derzeit eine Ausnahmesituation haben, die noch eine zeitlang andauert. Zwischenzeitlich wurden folgende Schritte durch die Abteilung für die Verkehrsplanung gesetzt: eben die Erhebung der Verkehre am Sternäckerweg inklusive Erhebung des Quell- und Zielverkehrs, es sind täglich 1.300 Fahrten, die dort stattfinden und wie gesagt, der Quell-/Zielverkehr vor Ort entstehend macht zwei Drittel aus, der Durchgangsverkehr ein Drittel dieser Fahrten. Eine entsprechende Erhebung im Bereich Hubertusstraße/Theodor-Storm-Straße wurde eben verschoben, weil wir derzeit eine Baustelle haben, damit ist auch ein Normalverkehr dort nicht bewertbar. Dann die Durchbindung des Rad- und Fußverkehrs zwischen Theodor-Storm-Straße und Johann-Weitzer-Weg wurde bereits vorher im Rahmen des Gutachterverfahrens im Planungsareal des Bebauungsplanes berücksichtigt. Der direkte Anschluss des Bebauungsplangebietes Johann-Weitzer-Weg ist ebenfalls berücksichtigt. Vorplanungen für den Gehsteig im Bereich Trainingszentrum wurden erstellt, hier bestehen eben Grundstücksverfügbarkeits- und Regenentwässerungsprobleme. Detaillierte Lösungsmöglichkeiten sind aber in Ausarbeitung. Ich versuche mich jetzt kurz zu halten, es ist noch folgendes anzumerken: Nicht immer ist ersichtlich, unter welchen Vorstellungen dort der Zusammenhang mit Verkehrsmaßnahmen wirklich zu Lösungen zu kommen ist und deswegen kommen bei einem umfangreichen Konzept auch Auswirkungen für solche Bevölkerungskreise, die gar nicht von einer Verkehrsentlastung betroffen sind. Die Erfahrungen und laufenden Diskussionen in anderen Stadtgebieten weisen auch genau diese konträren Wünschen und Ansprüche auf, diese groß angelegten Diskussionen innerhalb Politik, Planung und Bevölkerung führen zu einem

erheblichen zusätzlichen Ressourcenbedarf, deshalb können großangelegte Verkehrskonzepte, die in der dafür notwendigen Qualität unter Einbindung der BürgerInnen abgewickelt werden, nur nach und nach geplant und begleitet werden und deswegen haben wir uns dort entschieden, einzelne Maßnahmen nach Möglichkeit auch im Zusammenhang mit den Baustellen zu setzen und ich kann ankündigen, dass es demnächst eine Vorstellung der Baustellenaktivitäten St.-Peter-Hauptstraße vor Ort geben wird, dass ich anwesend sein werde und auch diese Dinge der Bevölkerung dort erklären werde, damit auch die Geduld, die klar ist, dass die nur gering ist, muss ich leider noch ein bisschen strapazieren.

GR. Mag. **Spath**: Sie haben gesagt, die Hubertusstraße konnte man das Verkehrsaufkommen nicht messen, weil sie dort Baustelle ist. Soviel ich weiß, glaube ich, seit einem Monat ungefähr nicht mehr Baustelle, aber meine Frage geht in diese Richtung. Wissen Sie schon, wann ungefähr mit der Bautätigkeit in der St.-Peter-Hauptstraße begonnen wird? Laut Medienberichten sollte das im Mai sein, kann dieser Termin gehalten werden und werden Sie rechtzeitig die Bevölkerung informieren?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich kann Ihnen jetzt keine detaillierte Auskunft geben, weil meines Wissens im Vergabeverfahren da ein Problem bestanden hat, aber ich kann Ihnen diese Information gerne noch nachliefern, wann das genau ist, ich hoffe, wir können halten, aber es hat ein bisschen Probleme gegeben, wo wir mit dem Land uns koordinieren müssen, weil es ein gemeinsames Ausschreibungsverfahren ist.

2) ÖV-Tarife für MindestpensionistInnen und Behinderte mit geringem Einkommen

GRin. **Meißlitzer** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GRin. **Meißlitzer**: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich an dich die

F r a g e :

Welche Maßnahmen gedenkst du zu setzen, um zu verhindern, dass sich das Verbund-Jahresticket für Mindestpensionistinnen und -pensionisten und Behinderte mit geringem Einkommen um 50 Prozent erhöht (*Applaus SPÖ und KPÖ*)?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Danke für die Frage. Zuerst einmal ganz kurz, es handelt sich um kein Verbund-Jahresticket, es handelt sich um einen sogenannten Haustarif der GVB und da kommen wir genau zu dem Grundproblem, das dahinter steht. Es gibt eine relativ unübersichtliche Tarifsituation, was die sozialen Ermäßigungen bei der GVB, aber eben auch im Verbund betrifft. Und deswegen möchte ich zuerst ein paar Dinge grundsätzlich sagen, wie es derzeit aufgestellt ist und dann auch zu deiner konkreten Frage kommen. Betrachtet man den Bereich der Sozialtarifangebote, so kann man letztlich unter Berücksichtigung der Ermäßigung den Verkehrsverbund drei große Gruppen unterscheiden. Das ist die Mobilitäts-Card, die du jetzt meinst, die momentan 30 Euro im Jahr für eine Jahreskarte betrifft, das möchte ich auch im Verhältnis stellen, 330 Euro kostet ungefähr eine Ganzjahreskarte für Nichtermäßigte und da sind auch Leute dabei...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Bitte? 317 Euro. Die 317 Euro zahlen auch jene Menschen, die aus anderen Gründen wenig Einkommen haben, was für mich zum Beispiel nicht

ganz nachvollziehbar ist und deswegen komme ich dann auf einen größeren Zusammenhang. Also die Mobilitäts-Card, die einen Haustarif darstellt dann gibt es die GVB-SeniorInnenkarte und die Ermäßigungen im Rahmen des Verkehrsverbundes. Anspruchsberechtigt bei der Mobilitäts-Card sind Frauen ab dem 60. Männer ab dem 65. Lebensjahr mit einem Einkommen, das 865 Euro bei Alleinstehenden und 1.297 Euro bei Ehepaaren unterschreitet. FrühpensionistInnen aus Invaliditätsgründen, Berufsunfähigkeitsgründen ohne Altersgrenze, ständig schwer Gehbehinderte und geistig und mehrfach beeinträchtigte Personen ohne Altersgrenze, die ebenfalls ein Einkommenslimit haben, 963 für Alleinstehende und 160 für jeden weiteren anspruchsberechtigten Angehörigen. Für die Benützung des öffentlichen Verkehrsmittels im Rahmen der Mobilitäts-Card ist eben der Bereitstellungsbeitrag in Höhe von 30 Euro pro Jahr zu entrichten, der mittels Erlagschein einzuzahlen ist und da ist dann eben auch der Pensionsabschnitt beziehungsweise Einkommensabschnitt vorzuweisen. Derzeit, also aus dem Jahr 2008 habe ich die letzte Zahl, sind es 5.285 Kundinnen und Kunden. GVB-SeniorInnenkarte, die seit 15. Februar 2008 auch auf allen anderen städtischen Linien in Graz gültig ist, da geht es um die zweistelligen Liniennummern, die gibt es als Monats-, Halbjahres- und Jahreskarten, anspruchsberechtigt hier auch ab 60/65, analog wie vorher, FrühpensionistInnen, eben auch hier gibt es eine definierte Bruttoeinkommensgrenze, das ist echt zu kurz für solche umfangreiche Fragestellungen, muss ich sagen. Ich möchte eine grundsätzliche Geschichte sagen, mir geht es darum, und deswegen stehe ich dieser Diskussion mit diesen 30 Euro Erhöhung auf 35 Euro übrigens, es ist in der Zeitung nicht ganz richtig dargestellt worden, fünf Euro Bearbeitungsgebühr beim ersten Mal ist bei den 30 Euro genauso zu zahlen wie bei den 35 Euro, erstmalige Bearbeitungsgebühr, und dann gibt es ein Pickerl jedes Jahr, ist gerechtfertigt, wenn man sieht, dass dieses Ticket jahrelang den gleichen Tarif hatte und letztendlich geht es darum, auf eine andere Form von Tarifgestaltung überhaupt zu kommen, die transparenter, übersichtlicher ist und letztendlich auch jenen Personengruppen zugute kommt, die momentan ausgelassen werden und ausgelassen werden momentan eine Alleinerzieherin, genauso wie jemand, der Notstandshilfe hat, wie andere, die ein niedriges Einkommen haben und in diese Richtung muss die Tarifgestaltung gehen und was ich vorschlage, dass wir bis Mitte des Jahres warten mit der Umstellung, weil bis dahin geklärt werden muss, ob diese Aktivpassvariante möglich ist oder nicht. In dem Zusammenhang ist es zu

sehen die Diskussion und das will ich auch gerne, dass es so wahrgenommen wird und ich wundere mich schon, wenn von der Sozialdemokratie hier die Anfrage kommt, weil ihr hättet das ja in den letzten Jahren auch in der Hand gehabt, zu einer gerechteren Form der Tarifgestaltung zu kommen. Wir versuchen es jetzt anzugehen, mein Angebot an die zuständige Stadträtin ist ja da, wir haben auch unsere Daten geliefert, bis jetzt sehe ich da noch wenig Entgegenkommen, wenn es darum geht, auch über eine gemeinsame Finanzierung zu reden, und das wäre mir eigentlich wichtig.

GRin. **Meißlitzer**: Ich merke schon, liebe Lisa Rücker, dass du gerne Wunschzettel schreibst, das Christkind ist erst sehr kurz vorbei, kommt ganz sicher. Ich denke mir einfach, dass du momentan auch nicht in der Lage bist, das Ganze zu durchblicken, weil du hättest gerne das Ganze schriftliche vorgelesen, um auch dir selber noch einmal einen Überblick zu verschaffen. Ich wünsche mir, und meine Frage an dich, wirst du das verändern und keine Wunschlisten und keine Wunschkonzerte mehr spielen, sondern konkret jetzt Vorlagen erarbeiten (*Applaus SPÖ*)?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Liebe Edeltraud, deine Kollegin und ich sitzen seit Anfang des Jahres regelmäßig zusammen, ich konnte zwar das Interesse der zuständigen Sozialstadträtin wahrnehmen, in diese Richtung etwas zu tun, bisher kamen die Daten dazu und auch die Bereitschaft, dafür auch Geld in die Hand zu nehmen, von meiner Seite. Das braucht aber eine gemeinsame Herangehensweise, in der Form werden wir da nicht viel weiterkommen, wenn wir uns gegenseitig die Dinge um die Ohren schmeißen. Ich bin dafür, diese Erhöhung vorzunehmen, da gibt es einen ganz speziellen Grund dazu, der hat mit Steuerersparnis zu tun, das ist Geld, das wir brauchen können, um auf anderer Seite auch was weiterzubringen und das soll das Ziel sein. Das ist kein Wunschzettel, ist ja auch von euch sehr stark forciertes Thema, wo wir uns ja treffen und in dem Sinn könnten wir das auch im guten Einvernehmen entwickeln und ich hoffe, dass wir bis Mitte des Jahres eine Entscheidung treffen können, ob das machbar ist oder nicht.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Es gibt den Wunsch nach einer Berichtigung, Gemeinderat Wohlfahrt.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) ...die Jahreskarte kostet 334 Euro und wenn man da ...

Zwischenruf GRin. Meißlitzer: Die übertragbare Jahreskarte.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Wir befinden uns hier in einem Tarifding, die übertragbare Jahreskarte, insofern haben beide recht. Die übertragbare Jahreskarte kostet 334 Euro und die Karte, die auf eine Person zugeschnitten ist, 317 Euro. Alle die eine Jahreskarte besitzen, wissen das ja auch und ich bin von meiner ausgegangen, weil ich eine übertragbare habe.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 13.25 Uhr den Vorsitz.

3) Baumschutz

GR. **Schneider** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Schneider**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Stadtsenatsmitglieder, liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe MitarbeiterInnen! Den Grünen ist der Grünraum in Graz immer ein großes Anliegen, das verwundert sicher nicht. Durch den

unglückseligen Vorfall am Mariahilferplatz angeregt, darf ich deshalb zum Thema Baumschutz folgende

F r a g e

stellen: Wie viele Ersatzpflanzungen gemäß der Grazer Baumschutzverordnung wurden in den Jahren 2006 bis 2009 vorgeschrieben und wie viele Strafen und in welcher Strafhöhe wurden in diesem Zeitraum für Verstöße gegen das Steiermärkische Baumschutzgesetz verhängt (*Applaus Grüne*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich darf die Antwort der Abteilung für Grünraum und Gewässer berichten zu dieser Anfrage. Die Daten für Genehmigungsverfahren wurden mir entgegen der Fragestellung für den Zeitraum von 2005, statt 2006, bis 2009 übermittelt. In diesem Zeitraum wurden bei insgesamt 1.599 Genehmigungsverfahren 3.159 Ersatzpflanzungen vorgeschrieben. Die Daten für 2009 sind noch nicht ganz vollständig, es kommen noch zirka 10 bis 15 Verfahren und zirka 35 Ersatzpflanzungen dazu. Zusammengefasst also in diesem Zeitraum zirka 1.600 Verfahren mit zirka 3.200 Ersatzpflanzungen. Zum rechtlichen Hintergrund gilt Folgendes: Laut § 5 der Grazer Baumschutzverordnung, dieser Paragraph regelt die Ersatzpflanzungsverpflichtung, es muss aber nicht jeder einzelne in einem Verfahren zur Entfernung genehmigte Baum ersetzt werden. Sollte eine Entfernung erfolgen, und zwar wird die Entfernung genehmigt, wenn das Interesse an der Erhaltung des Baumbestandes die Entfernung eines Teils des Bestandes erfordert oder auch bei dichter Bestockung eines Grundstückes, dann wird keine Ersatzpflanzungsverpflichtung dem Grundeigentümern auferlegt. Sollte im Zuge der Bebauung eines Grundstückes nicht mehr die Möglichkeit zur fachgerechten Baumpflanzung bestehen, wird im Verfahren eine sogenannte Ausgleichsabgabe, pro Baum 400 Euro beziehungsweise 300 Euro für kleinkronige Baumarten, vorgeschrieben. Diese Ausgleichsabgabe wird für die Pflanzung von Bäumen im öffentlichen Gut verwendet. Zusätzlich kann auch in einem Genehmigungsverfahren eine bestehende Pflanzung beziehungsweise ein natürliches Aufkommen von Bäumen auf einem Grundstück als Ersatzpflanzung

anerkannt werden, so wird ebenfalls keine Ersatzpflanzung mehr vorgeschrieben. Insgesamt wurden im Zeitraum 2006 bis 2009, und dann bin ich schon fertig, 75 Strafen verhängt, der vorgeschriebene Strafraum bewegt sich zwischen 70 Euro und 150 Euro, die Strafhöhen orientieren sich dabei nach den Strafhöhen der Berufungsinstanz.

GR. **Schneider**: Danke, Herr Stadtrat, auch dass Sie für den Herrn Bürgermeister eingesprungen sind hier. Ich habe eine Zusatzfrage, ich erlaube sie mir zu stellen, weil Sie ja früher selbst in diesem Bereich tätig sind. Sind Ihnen Schätzungen bekannt, wie viele Bäume unentdeckt, aber eben illegal entfernt werden?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Auch wenn ich früher damit befasst war, das war mir früher unbekannt genauso wie es mir heute unbekannt ist, weil es eben illegal gefällt werden. Es gibt klarerweise eine Dunkelziffer, aber ich denke nicht, und das weiß ich noch von früher und ist hier auch bestätigt worden, nicht vergessen sollten wir, dass insgesamt der Waldbestand von 2002 bis 2009 um 116 Hektar, das ist eine sehr beachtliche Fläche, um 116 Hektar gestiegen ist. Also trotz sicherlich vorhandener und teilweise natürlich auch bekannter illegaler Schlägerungen ist insgesamt der Waldbestand jedenfalls sehr beachtlich in den letzten sieben Jahren ausgeweitet worden.

4) Zukunft der Hummelkaserne

GRin. **Schloffer** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GRin. **Schloffer**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Die Stadt Graz hat ihr öffentliches Interesse am Kauf des Areals der Hummelkaserne angemeldet. Dies ist in einem

Schreiben der bundeseigenen Immobiliengesellschaft Sivbeg abgelehnt worden. Nun interessiert sich laut Zeitungsmeldungen die Firma Wegraz für dieses Areal.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

F r a g e :

Was unternehmen Sie, damit die Stadt Graz das Areal der Hummelkaserne ankaufen und dort unter anderem auch Gemeindewohnungen errichten kann (*Applaus KPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Die Vorgeschichte ist so, wie Sie gesagt haben, die Stadt Graz hat in einem Schreiben am 27.10.2009 um den Direktverkauf der Hummelkaserne an die Stadt Graz und die Anerkennung des öffentlichen Interesses für diese Immobilie angemeldet bei der Sivbeg, und wir haben dann mit Schreiben, ich weiß nicht von welchem Datum, die Antwort bekommen, dass das öffentliche Interesse lediglich in einem Punkt der von uns genannten Umstände akzeptiert wird, es gab drei Gründe dafür, und zwar der Übertragungswohnbau, sozialer Wohnbau, den die Stadt dort gerne umsetzen möchte. Der zweite Punkt war die Errichtung eines Pflegeheimes und der dritte Punkt war das Grundstück für die Umkehrschleife einer geplanten Straßenbahnlinie. Die Finanzprokurator, die dieses Schreiben anstelle der Sivbeg beantwortet hat, hat lediglich im Zusammenhang mit der Umkehrschleife das öffentliche Interesse angemeldet, hat aber dabei in der Begründung vor allem bezüglich des sozialen Wohnbaus sachlich und fachlich einfach falsche Aussagen gemacht, weil die Finanzprokurator der Meinung war, dass die Stadt Graz beim Übertragungswohnbau gleichsam selbst aktiv werden kann und damit eben durchaus über Genossenschaften hier zu einem sozialen Wohnbau kommen kann. Was nicht berücksichtigt wurde, das ist, dass die Förderung dieses Wohnbaus über das Land geht und eine Voraussetzung, um diese Förderung zu bekommen ist, dass die Stadt Graz Grundstücke unentgeltlich zur Verfügung stellt, das heißt, die Stadt Graz braucht Grundstücke, um den sozialen Wohnbau, ganz konkret den Übertragungswohnbau, zu fördern. Das haben wir in einem Brief vom

10. Dezember, der unterfertigt wurde vom Bürgermeister und von mir, an die Sivbeg mitgeteilt und wir haben diesen Brief auch an den Finanzstaatssekretär Dr. Lopatka und an den Vizekanzler Dr. Josef Pröll geschickt und um Unterstützung gebeten. Bis jetzt ist noch keine Antwort gekommen. Wir werden da sicherlich dranbleiben und versuchen, unsere Möglichkeiten zu nutzen. Entschieden wird die Frage, ob das öffentliche Interesse anerkannt wird oder nicht von der Finanzprokuratur (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Schloffer**: Wir haben ja heute auf der Nachtragstagesordnung, der Punkt 1 beinhaltet ja eigentlich in der Resolution die finanziellen Probleme der Städte, und genau in diesem Punkt eigentlich sollte auch dieses Problem behandelt werden, wo der Bund der Stadt Graz helfen kann günstig zu Grundstücken, Immobilien zu kommen und nicht, dass der Höchst- und Bestbietendste zum Zug kommt. Genau in diese Resolution gehört die Seite eigentlich mitbehandelt. Zusatzfrage: Sehr geehrter Herr Stadtrat, sind Sie bereit, weitere Schreiben, die von Wien kommen, an Sie übermittelt werden, an die Frau Stadträtin, Wohnbaustadträtin weiterzuleiten (*Applaus KPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Die Zusatzfrage ist in der Realität schon beantwortet worden, die Kollegin Elke Kahr hat dieses Schreiben bereits bekommen von mir.

5) Nachteiliger Finanzausgleich für Graz

GR. Mag. **Korschelt** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Gerhard! Um es kurz zu machen, den Motivenbericht in vielen Reden, und immer wieder wird erwähnt, dass

der Finanzausgleich zu Ungunsten der Stadt Graz ausfällt. Deshalb an dich von uns die konkrete

F r a g e :

Welche Summe pro Kopf wurde im Jahr 2009 aus dem Finanzausgleichstopf an Graz ausbezahlt, und wie hoch ist - in absoluten Zahlen dargestellt - der Unterschied zu den Städten Salzburg, Linz und Innsbruck?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich darf Ihnen bezüglich des nachteiligen Finanzausgleichs für die Stadt Graz, auch auf Basis einer Antwort der Finanzdirektion, folgende Stellungnahme abgeben: Im Jahr 2009 betrugen die an die Stadt Graz geleisteten Ertragsanteile rund 245 Millionen Euro. Pro Kopf der Grazerinnen und Grazer also zirka 960 Euro. Die Rechnungsabschlüsse der anderen Städte sind noch nicht in der endgültigen Form verfügbar, aber nach unseren Informationen ergibt sich, dass Innsbruck pro Kopf um etwa 180 Euro, Salzburg um 170 und Linz um etwa 50 Euro mehr in den letzten Jahren bekommen hat als die Stadt Graz. Ein kleines Rechenbeispiel dazu. Bekäme Graz den Innsbrucker Pro-Kopf-Betrag, hätten wir in unserer Kasse um 50 Millionen Euro mehr pro Jahr. Das sind fast die genannten, immer wieder genannten 60 Millionen Euro, die wir auf unserem Konsolidierungspfad pro Jahr uns verbessern müssen, um die laufende Gebarung positiv abzuschließen. Also mit Innsbrucker Pro-Kopf-Quote hätten wir pro Jahr 50 Millionen davon gedeckt. Die Ursache für diese Ungerechtigkeit geht Jahrzehnte zurück und begründet sich hauptsächlich auf Fixschlüssel, die einmal im Finanzausgleich verankert wurden und dann in nachfolgenden Finanzausgleichsverhandlungen nicht mehr verändert wurden, weil die Verhandlungspartner Bund, Länder, Städtebund, Gemeindebund beim jeweiligen Paktum immer auf die Interessen aller Mitglieder achten müssen und niemand eine Verschlechterung in absoluten Beträgen akzeptieren will. Eine wesentliche Verbesserung für die Stadt Graz ist allerdings mit Wirksamkeit 2009 gelungen, in dem der bisher nur alle zehn Jahre veränderte fixe Schlüssel der Volkszählung durch

die jährliche Bevölkerungsstatistik umgesetzt wurde, das hat zirka 20 Millionen Euro zusätzliche Einnahmen für Graz gebracht. Aktuell, wenn ich das noch sagen darf, gibt es einen Anstoß durch den Verfassungsgerichtshof, den Fixschlüssel zu ändern und zwar, weil eine Tiroler Gemeinde den Getränkesteuerausgleich angegriffen hat oder in Frage gestellt hat, der ebenfalls einen historischen Fixschlüsselement im geltenden Finanzausgleich bedeutet. Städtebund und Gemeindebund sind übereingekommen, dass in der Stellungnahme zum Verfassungsgerichtshof zwar einerseits am derzeitigen Paktum, das bis 2013 gilt, nicht gerüttelt werden soll, dass aber auf der anderen Seite für den neuen Finanzausgleich die ganz dringende Forderung gerichtet wurde, dass diese historischen Fixschlüssel durch aktuellere und aufgabenorientierte Kriterien im Finanzausgleich zu ersetzen sind.

GR. Mag. **Korschelt**: Es ist ja günstig, dass der Schlüssel geändert wird, durch die Einwohnerzahl wird natürlich klar, wenn ich einen Betrag multipliziere mit größeren wird es natürlich mehr, aber deswegen ist der Betrag ja immer noch gleich. Inwieweit ist das dann von Seiten der Grazer Stadtregierung beziehungsweise von dir geplant, in diesen zukünftigen Verhandlungen da mehr Druck zu machen, um für Graz mehr Geld herauszuholen?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Es gibt ja eine theoretische und eine praktische Antwort dazu. Theoretisch, wir werden natürlich alles unternehmen, und das gilt auch natürlich auch als praktisches Argument, aber wir müssen sehr realistisch sein. Das was wir durch Neuverteilung gewinnen können, das wird irgendjemand anderer verlieren. Also ich denke zum Beispiel nicht, dass die Stadt Innsbruck, Salzburg oder Linz da Partner der Stadt Graz sein werden, um diese Umverteilung zu machen, aber nichtsdestotrotz werden wir nach wie vor, und das ist auch in der Vergangenheit gemacht worden, nach wie vor jede Möglichkeit ergreifen, um auf diese Ungerechtigkeiten hinzuweisen. Eine der Ansatzmöglichkeiten habe ich genannt, das ist, dass der Verfassungsgerichtshof eben diesen Getränkesteuerausgleich, der ein fixer Schlüssel seit vielen, vielen Jahren darstellt, aufgegriffen hat und wenn auch

jetzt nicht geändert wird, so wird auch mit Unterstützung dann der Meinung des Verfassungsgerichtshofes dazu in den nächsten Finanzausgleichsverhandlungen möglicherweise eine breitere Position auszuverhandeln sein, dass eben nicht nur die Stadt Graz dafür ist, das zu ändern (*Applaus ÖVP*).

5) Berichterstattung in der Kleinen Zeitung zum Thema „Aufregung um Virenfälle in Seniorenheim“

GR. Mag. **Mariacher** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Anfrage an den Stadtrat Mag. Eustacchio als das für das GGZ, das Geriatrie Gesundheitszentrum, zuständige Mitglied in der Grazer Stadtregierung lautet hinsichtlich der Berichterstattung in der Kleinen Zeitung zum Thema „Aufregung um Virenfälle im Seniorenheim“ vom 12. Jänner 2010: Aus welchem Grund kam es jüngst im städtischen Pflegewohnheim Rosenhain zur Ausbreitung des Norovirus, der die 100-fache Infektiosität von Salmonellen aufweist und insbesondere für alte Menschen besonders gefährlich ist?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Herr Gemeinderat! Zu allererst, man soll nicht alles glauben, was in der Zeitung steht, das mag überraschen, aber es ist so. Zum Faktischen. Es ist richtig, dass es Durchfallserkrankungen gegeben hat im Rosenhain, es ist jedoch unwahr, dass es sowohl sich um einen Norovirus als auch um Salmonellen gehandelt hat. Ganz wichtig ist auch festzustellen, dass die Damen und Herren, die dort tätig sind, sofort reagiert haben, die Hygienemaßnahmen eingeleitet haben, den Hygienebeauftragten Dr. Adler sofort informiert haben, auch dieser hat dann das Gesundheitsamt informiert, und das Gesundheitsamt, wie es dann vor Ort war, hat ganz eindeutig festgestellt, dass alles erdenklich Notwendige schon gemacht wurde, also es zu keinen notwendigen Schritten mehr kommen

musste, weil alles erledigt war. In diesem Zusammenhang auch von Sterbefällen, wie es in der Zeitung gestanden ist, zu sprechen, ist eine Schweinerei, ich sage es einmal so, weil man dann den Menschen unterstellt hat, die dort zuständig sind dafür, unterstellt hat, nicht richtig gehandelt zu haben. Es ist auch hervorgegangen, dass es in keinem Zusammenhang gestanden hat diese Sterbefälle mit der Erkrankung, das einmal zum Faktischen.

GR. Mag. **Mariacher**: Nachdem diese Berichterstattung in der Kleinen Zeitung, die ja doch eine sehr große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit hat, von Ihnen weder berichtigt noch korrigiert worden ist, erscheinen mir die genannten Aussagen, dass es sich nicht um einen Norovirus handelt, nicht glaubwürdig. Ich frage Sie daher, warum kommen Sie als zuständiger Stadtrat Ihrer Aufsichtspflicht nicht nach, um entsprechende Maßnahmen zu veranlassen, um die Mindestanforderungen der Hygiene zum Schutze der uns übertragenden Bewohner und Pflegelinge sicherzustellen?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Sie sollten nicht das, was Sie fix aufgeschrieben haben, um vorzulesen, wiedergeben, sondern auf das reagieren, was ich Ihnen gesagt habe und ich glaube, das war schon Erklärung genug. Es ist alles gemacht worden, es hat sich um keinen Norovirus gehandelt, also ist diese Fragestellung unzulässig, die Sie jetzt noch einmal gestellt haben. Es ist alles gemacht worden, was notwendig war, es hat sich das Gesundheitsamt darum gekümmert und das auch festgestellt und ich erlaube mir jetzt, auch noch einen Brief vorzulesen oder ein E-Mail, das der Sohn eines Patienten mir geschrieben hat oder dem GGZ besser gesagt, weil der Vater von ihm auch ein Betroffener von dieser Durchfallserkrankung war. Ich sage es nur auszugsweise: „Mein Vater war leider einer der Betroffenen der Durchfallserkrankung, meine Familie und ich nehmen für uns in Anspruch, dass wir uns besonders um unsere Angehörigen, vor allem durch zahlreiche und umfangreiche Besuchstätigkeit kümmern. So möchte ich festhalten, dass wir von jedem wesentlichen Betreuungsschritt fernmündlich unverzüglich und kompetent in

Kenntnis gesetzt wurden. Ich selbst habe mich täglich viermal nach dem Befinden meines Vaters telefonisch erkundigt und habe ausnahmslos geduldige und fachkundige Antworten auf meine Fragen erhalten. Leider ist es so, dass unvorhergesehene und unverschuldete Ereignisse und Umstände von einigen Angehörigen zu Staatsaffäre hochstilisiert und mittels der Medien ungeprüft skandalisiert werden und wurden, während die wertvolle Alltagsarbeit des Betreuungspersonals als selbstverständlich angesehen wird. Deshalb sei an dieser Stelle der große Dank meiner Familie für die liebevolle Betreuung und menschliche Zuwendung angebracht.“ Ich glaube, mehr muss man zu der ganzen Sache nicht sagen (*Applaus FPÖ*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 13.40 Uhr den Vorsitz.

7) Sonderschicht der Müllabfuhr zu Feiertagen

GRin. Mag.^a **Ennemoser** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GRin. Mag.^a **Ennemoser**: Werte Stadtregierung, werte Kollegen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Zu Weihnachten zeigt sich jährlich dasselbe Bild: Die Müllcontainer in der ganzen Stadt sind überfüllt, der Müll muss teilweise schon neben den Containern liegen. Müllsäcke werden irgendwo hingeworfen, weil in den vorgesehenen Ablagestellen kein Platz mehr ist. Dieses Jahr war es besonders arg, wahrscheinlich weil auch die Feiertage ganz besonders blöd gefallen sind und zu Ostern stellt sich wahrscheinlich wieder die Situation so dar.

Dass ist kein schöner Eindruck, weder für Touristen noch für uns selber. Ich habe auch schon nachgefragt, ich habe die Antwort bekommen, wir sollen mit den Müllsäcken, die übrig bleiben, zum Sturzplatz fahren. Ich glaube, das ist keine gute

Lösung und ich glaube, in diesem Sinne wäre es eben wünschenswert, dass die Müllabfuhr gerade an diesen Feiertagen eine Sonderschicht einlegen würde.

Aus diesem Grund stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, folgende

F r a g e :

Sind Sie bereit, an den großen Feiertagen wie Weihnachten oder Ostern, eine Sonderschicht der Müllabfuhr einzuschieben, um dem schon vorhersehbaren großen Müllaufkommen entgegenzuwirken (*Applaus ÖVP*)?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Danke für die Frage. Zwei Anmerkungen vorweg und dann ein paar konkrete Daten. Natürlich ist es insbesondere auch für das Außenbild der Stadt und für den Tourismus und für die Menschen, die hier leben, wichtig, dass die Stadt einen sauberen Eindruck macht und dass man sich wohlfühlt in den städtischen Straßen. Auf der anderen Seite muss ich schon ein bisschen ironisch fragen, wenn wir in einer Zeit, in der man sehr viel über Wirtschaftskrise diskutieren, keine größeren Sorgen haben, als dass die Leute offensichtlich, leider kann man sagen aus ökologischer Sicht, aber doch anscheinend noch sehr viel ausgegeben haben und damit die Wirtschaft am Laufen gelassen haben, was man eben auch an dem hohen Müllaufkommen sieht. Aber noch einmal ein paar Fakten, weil es gibt die Aktivitäten bei den Wirtschaftsbetrieben, die Sie ansprechen und es gibt auch eine Grenze der Aktivitäten. Es gibt, ich gehe jetzt auf zwei Bereiche ein, das eine sind die öffentlichen Mülleimer, die aufgestellt sind, das andere sind die Entleerungsintervalle bei den Haushalten. 2400 öffentliche Mülleimer sind aufgestellt, die werden 850.000-mal pro Jahr entleert. Mit diesen Zahlen liegt Graz im nationalen und internationalen Vergleich weit über vergleichbaren Städten. Besonders im stark frequentierten Innenstadtbereich stehen rund 500 Papierkörbe, welche von Montag bis Sonntag bis zu siebenmal täglich entleert werden, auch Ablagerungen neben Altstoffsammelstellen werden durch die Wirtschaftsbetriebe laufend entsorgt. Auch die sonstige Reinigung in den innerstädtischen Bereichen erfolgt rund um die Uhr. Eine eigene Abteilung, wie Sie vielleicht wissen, die Nachtstraßenreinigung, reinigt den Innenstadtbereich täglich zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr früh. Eine

diesbezügliche Standortliste findet sich auch auf der Homepage der Wirtschaftsbetriebe. Und jetzt zur Abfuhr. Die städtische Abfuhr für gemischte Siedlungsabfälle, und da möchte ich noch einmal auseinanderklauben, weil da gibt es zwei Antworten, die eine aus Sicht der Wirtschaftsbetriebe, die für Restmüll im grauen Behälter zuständig sind, und dann gibt es noch eine Antwort der AEEVG, die für andere Fraktionen zuständig sind. Die Abfuhr für gemischte Siedlungsabfälle erfolgt an fünf Tagen in der Woche unabhängig davon, ob ein oder zwei Feiertage in der Arbeitswoche sind. Altstoffe wie Papier, Verpackungen und Bioabfall werden durch Dritte entsorgt, eben AEEVG, entsorgt, Frikus etc. Die Entleerungen der städtischen Müllabfuhr, sollte ein Feiertag in der Arbeitswoche von Montag bis Freitag sein, verschiebt sich die Entleerung für die nachfolgenden Tage dieser Woche um einen Tag, das hat zu Weihnachten 2009 geheißen, in der Weihnachtswoche sammelte und leerte die städtische Abfuhr an fünf Tagen, am 24. 12. und am 31.12. haben die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen frei, allerdings wird schon am 25. 12., nein, am 24. 12. wurde gearbeitet, am 25. 12. ist frei, und am 26.12. wurde bereits wieder gearbeitet und entleert, ganz normal. Somit kommt die städtische Abfuhr eben auch in einer feiertagsreichen Woche auf fünf Arbeitstage. Das Gleiche eben zu Silvester/Neujahr, am Neujahrstag ist dienstfrei, am Samstag, dem 2. 1. wurden die Restmüllbehälter vom Neujahrstag entleert. Auch zu Ostern wird außer am Ostermontag, wo ein gesetzlicher Feiertag ist, Dienst versehen für gemischten Restmüll. Entleerungsintervalle bei den Privatfirmen sind 24. und 31.12. bis 12.00 Uhr erfolgt, und dann wurden zusätzliche Fahrzeuge und eine zusätzliche Sammelmannschaft für die Feiertage eingesetzt. Also zusammenfassend kann man sagen, dass bei den personellen Ressourcen, die wir haben, bei den finanziellen Ressourcen, die wir haben ein überdurchschnittlich hohes Entleerungsintervall in der Stadt Graz nach wie vor aufrecht erhalten wird und wir uns damit personell bei uns selbst, aber auch bei der AEEVG am personellen Limit absolut bewegen und deswegen ersuche ich auch um ein gewisses Verständnis, es gibt leider auch eine nicht sehr korrekte Entsorgungsmentalität, dass große Schachteln als ganze Schachteln, man braucht das nicht weiter erläutern, in den Container kommen und viele große Schachteln, gerade zu Weihnachten, wie wir wissen, unterwegs sind, da bietet das Umweltamt schon länger auch erfolgreich Beratung und Unterstützung für Wohnbauträger an, die auch in Anspruch genommen wird, um hier zu einer

Verhaltensunterstützung zu kommen, dass so Entsorgung von vorne herein vom Verursacher schon anders stattfindet (*Applaus Grüne*).

GRin. Mag.^a **Ennemoser**: Wie ich das verstanden habe, hat es bereits Sonderschichten gegeben, trotzdem muss ich sagen, ich habe Sie jetzt nur wegen dem Restmüll gefragt. Es ist aber bei Kartons und Flaschen jedes Jahr das Gleiche, ich glaube auch, dass es für die Bediensteten der Wirtschaftsbetriebe nicht unbedingt angenehm ist, wenn sie eigentlich relativ rundherum alles zusammenklauben müssen, weil es rundherum wirklich wild aussieht. Jetzt frage ich Sie, ob man nicht irgendwie etwas, zum Beispiel einen Journdienst, doch einrichten kann, wenn wirklich unzumutbare Zustände sind oder Gefahr im Verzug bereits ist...

Zwischenruf GRin. Schloffer: Mehr Personal.

GRin. Mag.^a **Ennemoser**: ...ja, wahrscheinlich auch mehr Personal, wenn es zu Wildablagerungen kommt, dass man die Situation abstellen kann.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich möchte gerne zwei Dinge auseinanderhalten. Die Diskussion über die Verunreinigung von Müllsammelstellen haben wir das ganze Jahr. Die haben wir nicht nur zu Weihnachten, und in dem Zusammenhang gibt es ja auch eine Maßnahme, die wir umsetzen Schritt für Schritt, dass wir versuchen, sukzessive diese öffentlichen Müllsammelstellen auch zu reduzieren, indem wir wieder stärker zu den Wohnanlagen gehen und das ist im Süden von Graz begonnen worden sehr erfolgreich. Wir haben im Verhältnis zu anderen Städten auch eine sehr hohe Dichte an Sammelablageplätzen. Wir reinigen sie laufend, das kostet, zum

Beispiel alleine die tägliche Betreuung durch die Wirtschaftsbetriebe dieser Sammelstellen, dass die immer wieder aufgeräumt werden, eine Million Euro für die Stadt Graz, einfach nur so, um auch einen Hinweis darauf zu geben, dass solche Wünsche auch sehr viel Geld kosten. Und das Zweite ist, ich habe sehr wohl auch Bezug genommen auf die anderen Firmen. Die Stadt Graz Wirtschaftsbetriebe entsorgen den Restmüll, aber die anderen Firmen wie AEVG oder Frikus entsorgen die anderen Fraktionen und auch dort werden innerhalb der Möglichkeiten, die diese Firmen haben, Sonderschichten beziehungsweise mit sehr hohem Aufwand gearbeitet und bis zu einem gewissen Bereich hat die Politik einen Einfluss auch auf das Verhalten der Konsumenten und Konsumentinnen. Aber man muss schon ganz klar sagen, es muss auch dort begonnen werden, deswegen setzen wir eben auch sehr stark auf den Beratungs- und auf den Unterstützungsbereich hin zu den Wohnbauträgern, weil eben, denke ich mir, das Verhalten einerseits beim Einkauf, da brauche ich Ihnen, glaube ich, nichts erzählen, bis hin zur Frage, wie ich eine Schachtel entsorge, das offensichtlich auch entsprechende Anleitung braucht, weil vielen Menschen das eigentlich egal ist und solange das so ist, wird die Politik sich nicht und auch kein Mitarbeiter der Wirtschaftsbetriebe neben jeden Bürger und jede Bürgerin hinstellen können, weil dort ist die Grenze erreicht, und sagen, mache das so und mache das hier so, weil dann haben wir das für ganz viele Dinge, die wir im öffentlichen Raum ständig beklagen und da frage ich mich, wo die Grenze ist, abgesehen davon, dass wir eben auch personelle Ressourcen möglich effizient verwalten sollen.

8) FußgängerInnen-Schutzweg Krenngasse/Naglergasse

GR. **Eichberger** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GR. **Eichberger**: Sehr verehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! An und für sich ist ein nicht vorhandener Zebrastreifen nicht unbedingt das Thema sicher, um hier an das Rednerpult bei einer Gemeinderatssitzung zu schreiten, aber in diesem konkreten Fall, nachdem es sich

wirklich um eine unwahrscheinliche Pflanzerei von der Bevölkerung und um eine unwahrscheinliche Grotteske handelt, möchte ich Sie trotzdem hier heute bringen, auch als Beispiel, wie man hier nicht mit den Problemen und Sorgen und vor allem mit der Frage von Verkehrssicherheitsthemen in Graz umgehen sollte. Vor mehr als drei Jahren, genau am 18. November 2006, gab es eine straßenrechtliche Verhandlung hinsichtlich der Installierung eines Fußgängerschutzweges im Bereich der Krenngasse/Naglergasse. Dieser schien damals auch von Bedeutung und fand auch letztendlich die positive Zustimmung der Sachverständigenkommission, die sich für diesen Zebrastreifen ausgesprochen hat, weil es sich zum einen auch um einen sehr stark frequentierten Schulweg zur Nibelungenschule handelt. Und hinzu kam auch eines, dass es diesen Schutzweg zuvor bereits dort gab, aber im Zuge von Straßensanierungsarbeiten wurde einfach hier dieser Zebrastreifen überasphaltiert und schien nicht mehr auf und er ist dann auch nicht mehr gekommen. Und seit dem Jahr 2006 bemühen sich jetzt laufend Eltern und Bewohnerinnen und Bewohner, Bezirksmandatarinnen und Bezirksmandatare um die Errichtung dieses Schutzweges.

Am 3. Jänner 2008, also vor mehr als zwei Jahren, schrieb das Büro des damaligen Verkehrsreferenten Dr. Rüschi an eine Mutter: „Der Schutzweg wurde jedenfalls genehmigt und wird, sobald es die Witterungsverhältnisse zulassen, in verbesserter Form (größere Auftrittflächen, bessere Sichtverhältnisse) eingerichtet.“ Wie gesagt, im Jänner 2008, natürlich, sonst würde ich nicht dastehen, passiert ist natürlich auch damals nichts.

Im August des vorigen Jahres, der Herr Stadtrat schaut mich ganz entgeistert an, ich habe das Mail auch da, also ich könnte es dir im Original auch zeigen. Im August des vorigen Jahres gab es aus dem Verkehrsreferat der Frau Bürgermeisterstellvertreterin wieder eine telefonische Zusage, dass nun wirklich endlich markiert wird. Zwischenzeitlich schreiben wir den 21. Jänner 2010 und es wird euch nicht wundern, wenn ich euch berichten muss, der Zebrastreifen ist noch immer nicht gepinselt und die Kinder werden nach wie vor ohne entsprechende Maßnahmen dort über die Kreuzungen geschickt. Ich muss schon sagen, bei aller Lustigkeit, die den einen oder anderen hier vielleicht befällt, ist es schon deprimierend, dass es einen genehmigten Zebrastreifen gibt, dass es hier wirklich

berechtigte Anliegen gibt, weil ansonsten wäre dieser Zebrastreifen nicht genehmigt worden, wenn es nicht einen Bedarf und eine Dringlichkeit gäbe, und es gelingt in dieser Stadt, egal wer jetzt Verkehrsreferent ist, nicht, innerhalb von drei Jahren dort einen Zebrastreifen zu installieren. Nachdem die Kollegen schon etwas unruhig werden und die Lampe sehr intensiv schon leuchtet, darf ich jetzt zu meiner Frage kommen.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Lisa, ob du nun endlich bereit bist und uns vielleicht auch, wenn ja, einen Termin nennen könntest, der aber dann auch wirklich hält, ob und wenn ja wann es zur längst fälligen Installierung dieses Zebrastreifens kommt (*Applaus SPÖ*)?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Lieber Klaus Eichberger! Ja, dieser Schutzweg beschäftigt uns tatsächlich schon länger. Vielleicht hast du auch mitverfolgt die Entwicklungen inzwischen, die in dem Gebiet stattfinden, nämlich, dass es auf Grund einer höchst sanierungsbedürftigen Gleisanlage relativ schnell, schneller als geplant, zu Gleissanierungsarbeiten im Bereich der Sparbersbachgasse kommen wird und dort eine heftige Parkplatzdiskussion entbrannte, gab es dann auch im Zusammenhang mit diesem Übergang folgende Situation: Dieser Übergang, die Einrichtung dieses Überganges würde sechs weitere Stellplätze im Bereich des Parkens reduzieren und gleichzeitig steht uns dort eine größere Sanierung bevor, womit der Straßenraum wieder neu als Baustelle vor uns steht und deswegen haben wir gesagt, wir machen das alles in einem, wenn die Baustelle, die heuer im Juni 2010 bis zum September 2010 eingerichtet sein wird, in diesem Zusammenhang wird das errichtet, deswegen kann ich dir auch ein konkretes Datum sagen. Wir haben eine große Baustelle, wo im Parkraum einiges umorganisiert wird, auch um diese Sicherheitsräume herum, die ja teilweise dort abgeschlossen sind, teilweise noch offen sind und da ist auch die Krenngasse und die Naglergasse ein wichtiger Punkt davon. Ich muss noch dazusagen, wir brauchen, bevor du die nächste Frage stellst, sage ich dir noch eine kurze Antwort, wir brauchen für die Zeit der Baustelle einen Umleitungsverkehr für die GVB für Busse, das heißt, wir müssen dort den Parkraum in der ganzen Phase der Baustelle umorganisieren und haben deswegen relativ umfangreich auch in den

Nebengassen, nicht nur in der Sparbersbachgasse, Markierungs- und Umorganisationstätigkeiten für den Zeitraum der Baustelle, die sehr intensiv sein wird und werden dann, wenn das alles fertigzustellen ist, das alles in einem Guss machen.

GR. **Eichberger:** Liebe Lisa! Bei allem Verständnis und bei deinem Versuch zu erklären, warum drei Jahre nichts passiert ist, wobei ich nicht glaube, dass man jetzt drei Jahre auf die Gleissanierungsarbeiten in der Sparbersbachgasse gewartet hat und deshalb diesen Zebrastreifen in der Naglergasse nicht machen kann, wo kein Mensch jetzt diesen Zusammenhang versteht, muss ich schon um eines wirklich bitten bei allem Verständnis, dass es dort irgendwann einmal eine Baustelle geben wird, die Baustellen haben wir das ganze Jahr über in ganz Graz. Nur ich habe kein Verständnis dafür, dass aus Gründen des Wartens, des Zögerns und möglicherweise einer Kostenminimierung, weil was wird schon, wie gesagt, wirklich so eine Zebrastreifenmarkierung kosten, dass man jetzt wieder ein Dreivierteljahr verstreichen lässt und hier die Gesundheit und die Sicherheit der Kinder, der Eltern, gebrechlicher Personen in diesem Kreuzungsbereich einfach vom Tisch wischt mit der Begründung, wir machen irgendwann nach der Baustelle das fertig. Ich darf dich jetzt wirklich fragen, ob du nicht doch bereit bist, im Frühjahr, sobald der Schnee jetzt weg ist und sobald die Temperaturen es zulassen, zumindest dort einen provisorischen Zebrastreifen, wir brauchen momentan nicht allzu große Auftrittflächen, aber doch einen gesicherten Übergang dort auch als Provisorium zu schaffen, weil es nicht einzusehen ist, dass man jetzt wieder ein Dreivierteljahr verstreichen lässt, dann braucht es nur noch zu Verzögerungen kommen in der Baustellenabwicklung, haben wir wieder den nächsten Winter und das Spiel setzt sich von einem Jahr zum anderen Jahr fort. Ich darf dich also wirklich bitten, hier noch einmal nachzudenken und gerade du, wo du sonst immer so bedacht bist auf die Erhöhung der Sicherheit und in vielen Bereichen Maßnahmen setzen, die für uns auch schwer nachvollziehbar sind, verstehe ich hier dein zögerliches Handeln leider nicht (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Lieber Gemeinderat Eichberger, das war eine Bitte, aber keine Zusatzfrage.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich möchte meine Antwort auf die mit viel Feststellungen verkleidete Zusatzfrage geben, weil du mich natürlich ganz, lieber Klaus Eichberger, du findest mich als Erste an deiner Seite, wenn es um Verkehrssicherheit geht, da brauchen wir beide nicht streiten (*Applaus Grüne*), und meine Herren, und einen davon sehe ich, die mit mir da zusammenarbeiten, ob in der Verkehrsplanung oder im Bereich des Straßenamtes, werden dir ihr Leid klagen mit mir, wie lästig und wie anstrengend ich bin, wenn es genau um diese Frage geht, wie wir tun mit Zebrastreifen usw. Aber den Widerspruch möchte ich dir schon ein bisschen zurückgeben, wenn du sagst, errichten wir halt provisorisch einen Zebrastreifen, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Provisorisch heißt eben, ohne Auftrittsflächen, ohne die entsprechenden Sichträume und das ist genau das, was wir in anderen Bereichen eben anders angegangen sind und auch anders umsetzen, weil wir auch anhand der Statistik der Verkehrsunfälle ganz deutlich sehen können, dass die Fußgängerunfälle auf Zebrastreifen in den letzten Monaten deutlich zurückgegangen sind, das heißt, die Sicherheitsmaßnahmen, die ihr auf der anderen Seite wieder massiv kritisiert, weil ihr da viele Parkplätze, so viele sind es dann an Ende leider oder auch nicht, aber in eurem Sinne möchte ich gerne diesen Widerspruch ein bisschen aufklären. Sicher muss es aber dann schon sein, wenn man eine Maßnahme setzt und ich sage dir ganz konkret den Zeitraum, wann sie gesetzt wird, sie wird nicht irgendwann danach, sondern sie wird im Zuge der Bauarbeiten, für die die Baustelle schon ausgeschrieben wird, im Sommer dieses Jahres, das jetzt begonnen hat, umgesetzt und wenn es im September dann nicht umgesetzt ist, dann treffen wir uns da wieder und dann darfst du mich köpfen. Ok.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 14.00 Uhr den Vorsitz